

Antrag 138/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 139/I/2025 (Konsens)****Freie Wahl für freie SchülerInnen**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordne-
 2 tenhauses werden aufgefordert sich für die Rückgängig-
 3 machung der Neuregelung in § 56 Absatz 3 des Schulge-
 4 setzes für das Land Berlin (SchulG) und die Wiederherstel-
 5 lung der alten Regelung einsetzen.

6

7 Insbesondere

- 8 • soll stattdessen zunächst der Ausbau der Integrieren
 9 ten Sekundarschulen (ISS) vorangetrieben werden;
- 10 • sollen beim Probejahr bzw. einer ggf. neu gestal-
 11 teten Einstufungsprüfung für den Wechsel von der
 12 Grundschule zum Gymnasium alle Fächer und Fä-
 13 higkeiten der Kinder berücksichtigt werden;
- 14 • soll vermieden werden, dass viel mehr Kinder, als
 15 bisher sich für den Wechsel von der Grundschule
 16 zum Gymnasium bereits zur fünften Klassenstufe
 17 entscheiden, indem hier die gleichen Zugangsvor-
 18 aussetzungen geschaffen werden, wie beim Über-
 19 gang auf das Gymnasium zur siebenten Klassenstu-
 20 fe.

21

22 Der Wettbewerb guter Schulen muss gefördert werden,
 23 statt Kindern den Zugang zu Schulzweigen durch unnötig
 24 hohe Anforderungen zu verwehren.

25

26 Begründung

27 Seit diesem Schuljahr dürfen Schülerinnen und Schüler,
 28 die von der Grundschule zur Oberschule wechseln, das
 29 Gymnasium nur noch dann auswählen, wenn sie in den
 30 Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdspra-
 31 che im zweiten Halbjahreszeugnis der fünften Klasse so-
 32 wie im ersten Halbjahreszeugnis der sechsten Klasse min-
 33 destens eine Durchschnittsnote von 2,2 nachweisen kön-
 34 nen. Denn nach der neuen Regelung in § 56 Abs. 3 SchulG
 35 darf zum Ende der Jahrgangsstufe 5 und zum Beginn der
 36 Jahrgangsstufe 6 der Zahlenwert aller sechs Noten in die-
 37 sen Fächern höchstens einen Wert von 14 bilden, damit
 38 sich die Schülerin oder der Schüler auf dem Gymnasium
 39 anmelden kann. Wird dieser Zahlenwert überschritten, ist
 40 eine Anmeldung ans Gymnasium nur dann möglich, wenn
 41 eine Eignung für den Besuch des Gymnasiums im Rah-
 42 men einer „Teilnahme am Probeunterricht“ nachgewiesen
 43 wird. Dieses Jahr haben nur 50 von 1.937 Schülerinnen und
 44 Schülern diesen Probeunterricht bestanden. D.h., dass die
 45 Bestehens Quote bei nur 2,6 % lag. Bei der alten Rege-
 46 lung, nach der Schülerinnen und Schüler bei einer Durch-
 47 schnittsnote von 2,3 - 2,7 das Gymnasium als mögliche
 48 weiterführende Schule wählen konnten, bestanden (nur)

49 knapp 37 Prozent der Schülerinnen und Schüler das Probe-
50 halbjahr nicht. Der Anteil der Kinder, die von der Grund-
51 schule nicht auf das Gymnasium wechseln können, hat
52 sich somit vervielfacht.

53 Es entspricht nicht dem Prinzip der Chancengleichheit,
54 Kindern den Zugang zu einem Schulzweig zu verwehren,
55 indem man zu hohen Hürden aufbaut. Das gilt zumal
56 dann, wenn man die Entscheidungsmöglichkeit von ei-
57 ner einzigen Prüfung abhängig macht (und das, obgleich
58 die Entwicklungen der Kinder im Alter zwischen 11 und
59 12 Jahren noch sehr unterschiedlich sind). Hinzu kommt,
60 dass die Prüfungsfragen im ersten Probeunterrichtsjahr
61 teilweise so missverständlich gestellt wurden, dass man
62 diese in der Aufregung möglicherweise auch dann falsch
63 beantworten konnte, wenn man die Antwort eigentlich
64 kannte. Wenn man auf der einen Seite den Ausbau der
65 Integrierten Sekundarschulen (ISS) nicht vorantreibt und
66 nicht überall in Berlin ein attraktives Angebot an entspre-
67 chenden Schulen zur Verfügung stellen kann, kann man
68 auf der anderen Seite nicht zugleich den Zugang zum
69 Gymnasium entsprechend erschweren. Zunächst muss
70 der Ausbau der ISS so intensiv vorangebracht werden, dass
71 diese Schulform als Regelschule nach der Grundschule
72 ein flächendeckendes und attraktives Angebot darstellt.

73 Die Wahl der Schule nach der Grundschule sollte dann
74 nicht von zu hohen Anforderungen an die Schulnote, son-
75 dern vielmehr von der Wahl der Schülerinnen und Schü-
76 ler abhängig gemacht werden. D.h., der Wettbewerb gu-
77 ter Schulen muss gefördert werden, statt Kindern den Zu-
78 gang zu Schulzweigen durch unnötig hohe Anforderun-
79 gen zu verwehren.

80